

## Minister beraten Video-Vernehmung

MAINZ (Irs). Auf Initiative des Landes Rheinland-Pfalz wird sich die Jugendministerkonferenz am 29. und 30. Juni in Leipzig mit Verbesserungsvorschlägen zum Schutz junger Zeugen vor Gericht befassen. „Kinder dürfen als Zeugen in Ermittlungs- und Gerichtsverfahren nicht unangemessenen Belastungen ausgesetzt sein und ein weiteres Mal zu Opfern werden“, erklärte die rheinland-pfälzische Kultusministerin Rose Götte gestern in Mainz. Besonders wichtig sei es, die mehrfache Vernehmung von Opfern sexuellen Mißbrauchs zu vermeiden. Götte forderte, die Arbeit der Justizstellen sollten schon vor Prozeßbeginn besser abgestimmt werden. Vormundschaftsgerichte, Jugendämter und Ermittlungsbehörden sollten sich besser absprechen und die Befragungen koordinieren. Die Bewahrung des Kindeswohls habe „im Zweifel Vorrang“.

RP 28.06.9.